

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführer: Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,60 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
über das Jahr 1906. — Längstfristige
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Verbands-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierhundert).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 10 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Verbandsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4724.

Nr. 21.

Berlin, Mittwoch, 13. März 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Sozialpolitik im Reich. — Die Spekulation in der Landwirtschaft. — Die Einarbeitung in der Baarindustrie. — Wärmehine Runkel. — Längstfristige über das Jahr 1906. — Gewerkeamt-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Die Sozialpolitik im Reich.

Am Sonnabend hat auf eine vom Zentrum eingebrachte Interpellation Graf von Posadowsky sich über die im Vordergrund stehenden Fragen der sozialen Gesetzgebung geäußert. Zuerst über den Gesetzentwurf betreffend die Berufsvereine. Der Regierungsentwurf sei ganz und gar missverständlich worden. Es sei seine aufrichtige Überzeugung, daß der Gesetzentwurf besser sei als sein Ruf. Sein Zweck war, den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit zu verleihen. Diese Forderung sei unabweisbar erfüllt worden. Die Kritik sei über den Zweck des Gesetzentwurfs weit hinausgegangen und habe gleich eine Regelung der Koalitionsrechts und eine Regelung des Vereins- und Versammlungsgesetzes verlangt. Diese Dinge aber lägen auf wesentlich anderen rechtlichen Grundlagen.

Es werde vielleicht nützlich sein, den Verbänden Regierungen anzuraten, nunmehr erst das Gesetz über die Arbeitskammern dem Reichstage vorzulegen und dann erst zu prüfen, in welcher Form das Gesetz über die Berufsvereine wieder einzubringen sei. Die Verbänden Regierungen würden von neuem in Erwägungen eintreten, ob und welche Modifikationen an dem Gesetz über die Berufsvereine vorzunehmen sind und ob und wann es wieder eingebracht werden könne.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern wird für die nächste Session in Aussicht gestellt. Das kann also bereits im kommenden Herbst, sehr wohl aber auch einige Monate später sein. Die 11stündige Arbeitszeit der Frauen soll nicht mehr aufrecht erhalten werden. Der gesunde Körper der Frau, welcher uns das künftige Geschlecht liefern müsse, sei ein so wichtiger Faktor in unserem Volksleben, daß man dieser Frage ernsthaftes Augenmerk zuwenden müsse. Für die Arbeiterinnen müsse der 10stündige Arbeitstag eingeführt werden.

Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ebenfalls für die nächste Session in Aussicht gestellt.

Es sollen erst die noch aus der vorigen Session zurückgebliebenen Gesetzentwürfe erledigt werden. Wenn es mit der Erledigung von neuen Gesetzentwürfen nicht in einem schnelleren Tempo vorwärts gehe, so erklärte Graf v. Posadowsky, dann liege dies daran, daß in den Kreisen der Interessenten immer zu viel auf einmal verlangt werde. Jeder, der dabei interessiert sei, wolle gleich einen Idealzustand der Dinge, wie er ihn sich denke, herbeiführen. Die Gesetzgebung würde rascher gefördert, wenn man zuerst mit Abschlagszahlungen vorlieb nehme.

Die Frage eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsgesetzes soll im Bundesrat geprüft werden. Der Reichstanzler hatte schon erklärt, daß er eine Herabsetzung des gegenwärtigen Zustandes auf diesem Gebiete für notwendig halte. Es müsse im übrigen der Sachverhalt beachtet werden: „Je mehr Gesetze, desto schlechter das Staatswesen!“ Die Gesetzgebung dürfe nur die äußere zwingende Form

sein. Jeder müsse in seinem Kreise dazu beitragen, Uebelstände zu bekämpfen. Der Gesetzgebung bedürfte es, ihr aber alles überlassen zu wollen, sei in hohem Maße bedenklich.

In dieser Session wird der Reichstag nicht viel mehr tun können als den Etat fertig zu stellen. Die Erklärungen der bürgerlichen Parteien rechtfertigen die Hoffnung, daß der neue Reichstag gewillt ist, die Sozialpolitik ernstlich zu fördern. Erklärte doch selbst der nationalliberale Abgeordnete Sieber, daß es Pflicht der bürgerlichen Parteien sei, zu beweisen, daß sie eine gute Sozialpolitik, ohne die Sozialdemokratie, und eventuell auch gegen diese betreiben könnten. In der Sozialpolitik darf es keinen Stillstand geben! Die freisinnigen Parteien ließen durch Abg. Dr. Mugdan erklären, daß sie keine papierne Sozialpolitik wollten. Es müsse wirklich was geleistet werden, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Handwerker zur Geltung zu bringen.

K. G.

Die Spekulation in der Landwirtschaft.

Die Zukunft des deutschen Volkes liegt bekanntlich nach den Anschauungen mancher Politiker nicht „auf dem Wasser“, nicht im Welthandel und Gewerbetriebe, sondern in einer gesunden Landwirtschaft. Aus diesen Anschauungen heraus hat man in Deutschland eine Handelspolitik befolgt, welche von Handel und Industrie als gegen sie gerichtet empfunden wird, aber von den Freunden dieser Entwicklung vielfach als „heimatpolitisch“ bezeichnet ist. Besonders in dem Kampf um die neuen großen Tarifverträge wurde mit diesem oft ganz falsch verstandenen Wort ein arger Mißbrauch getrieben, der, wie man sich erinnern wird, soweit ging, daß die Gegner hoher Lebensmittelpreise häufig Feinde des Vaterlandes genannt wurden. Genau so schnell, als es von den Gegnern derartiger Zölle vorausgesetzt ist, macht man jetzt die Erfahrung, daß eine „heimatpolitische“ Politik auf hohe Zölle führt, auf sehr schwanke Boden gegründet ist. Sie hat in der Landwirtschaft eine Spekulation entfesselt, die schwere sozialpolitische Beeinträchtigungen nach sich zieht.

Werden wir zur Erklärung dieser Spekulation einen kurzen Blick nach rückwärts. Die neuen Handelsverträge haben durch die hohen landwirtschaftlichen Zölle der Landwirtschaft einen ungeheuren Wertzuwachs gebracht. Sprach einst Fürst Bismarck die Ueberzeugung aus, daß selbst der „verrückteste Agrarier“ nicht für einen Getreidezoll von 3 Mk. eintreten wane, so legten jene Verträge bekanntlich den Zoll für den Doppelzentner Roggen auf 5 Mk. und für Weizen auf 5,50 Mk. fest. Neben diesen und den erhöhten Getreidezöllen kamen bis dahin für ganz unmöglich gehaltene Steigerungen der Zölle für Schlagschmalz und Fleisch, während gleichzeitig aus „sanitären Gründen“ der Einfuhr von Fleisch und Vieh noch die schon oft erwähnten Erklärungen bereit wurden. Man hat berechnet, daß bei einer mittleren Ernte in Deutschland unserer Landwirtschaft allein infolge der Erhöhung der Zölle auf Roggen und Weizen ein jährlicher Mehrertrag von 236 Mill. Mark zuzählt. Um diesen Gewinn zu kapitalisieren, hat man ihn mit 20 multipliziert und ist so zu dem Ergebnis gekommen, daß der Mehrertrag aus dem Getreide unter Hinzurechnung der übrigen landwirtschaftlichen Vollerzeugnisse den Wert des landwirtschaftlichen Bodens in Deutschland um etwa 5000 Millionen gesteigert hat. Mag diese Rechnung ungenau sein; die ungeheure Wertzunahme läßt sich nicht bestreiten, und diese Wertzunahme erschwert auch den Handwerker und Arbeiter den Erwerb von Grund und Boden und sichert nur die allgemeine Landflucht nach den Großstädten.

Die Wertzunahme des Bodens kommt auch in der Güterspekulation und in der bedeutenden Preissteigerung des landwirtschaftlichen Besitzes zum Ausdruck. Es wiederholt sich heute der Vorgang aus dem Ende der siebziger Jahre, als die erhöhten Getreidepreise gleichfalls den Preis der Güter hinauftrieben. Heute tritt die spekulative Wirkung dieser Politik nur noch viel schärfer hervor und natürlich werden auch ihre sozialen Folgen verhängnisvoller sein, wenn man ihnen nicht entgegenarbeitet. Nach aus den Kreisen der ostpreussischen Landwirtschaft stammenden Feststellungen sind bei dem Verkauf großer Güter in den letzten Jahren Gewinne erzielt, die an günstige Börsenspekulationen erinnern. Einige Beispiele mögen das beweisen. Ein Gut im Kreise Schildberg wurde für 450 000 Mk. verkauft, einige Jahre vorher wurde es mit 217 000 Mk. bezahlt; ein Bauergut im Kreise Gnesen stieg in den letzten fünf Jahren von 65 000 Mk. auf 116 000 Mk.; ein Gut im Kreise Kolbenberg in zwei Jahren von 165 000 Mk. auf 220 000 Mk.; ein Gut im Kreise Deutsch-Krone wechselte in einem Jahre viermal den Besitzer. Es wurde schließlich für 350 000 Mk. verkauft; 60 000 Mk. höher als ein Jahr früher. Jeder der drei Vorbesitzer hatte in vier Monaten 20 000 Mk. an dem Gute verdient. Das sind einige Fälle. Durch die ganze deutsche Landwirtschaft geht nach dem Handelsverträgen ein Zug, der ihre Vorteile durch höhere Güterpreise zu kapitalisieren sucht. Der Wertzuwachs wird in einer härteren Hypothekbelastung festgelegt oder man sucht ihn bei dem Verkauf des Gutes zu realisieren. Dabei schießt man auf eine andere Erscheinung; die günstige Konjunktur hat eine Landflucht der Gutbesitzer zur Folge gehabt. Viele von ihnen, denen das Landleben und die Bewirtschaftung ihres Gutes aus irgend einem Grunde nicht behagte, haben nur jene Konjunktur abgewartet, um ihren Besitz loszuschlagen und in die Stadt zu ziehen.

Doch wichtiger als diese Landflucht ist die Vertreibung und die steigende Verschuldung der neuen Besitzer — trotz der Verteuerung aller landwirtschaftlichen Produkte. Wir bezeichnen das schon oben als einen sozialpolitischen Vorgang, der sehr ernste Beachtung verdient. Er hat die für die preussischen Abgeordneten durch den Landwirtschaftsminister von Arnim gefunden, der sich im wesentlichen einen Teil der Gründe zu eigen machte, die im Kampfe um die Handelsverträge von deren Gegnern in das Feld geführt wurden. In seiner Rede zum Etat der Landwirtschaftsverwaltung betonte der Minister: „Die dauernd zunehmende Verschuldung ist einer der Hauptursachen der Landwirtschaft und eine der Hauptursachen, daß die Landwirtschaft besonders wenig widerstandsfähig ist gegen unglückliche Konjunktur. Die Landwirtschaft befindet sich schließlich in einer Generation wieder auf dem alten Standpunkt. Bei einer etwaigen Verminderung der Zölle wird der größte Notstand eintreten. Die Zollgesetzgebung wird sich nur dann rechtfertigen, wenn wir Maßregeln ergreifen, um unglückliche Erscheinungen zu bekämpfen; eine dieser Maßregeln ist die Enghilfsbildung des ländlichen Grundbesitzes. Unsere Zollgesetzgebung war eine provisorische Maßregel, hinter der wir, wenn möglich, einen massiven Bau aufzurichten müssen, der imstande ist, der Verschuldung Widerstand zu leisten.“ Diese bedeutende zunehmende Verschuldung hängt aber mit der zur Vertreibung erzielenden landwirtschaftlichen Zollpolitik sehr eng zusammen. Nach deutscher Ansicht ist über deren Folgen ein seit Jahren der landwirtschaftlichen Bewegung sehr nahe stehender Volkswirt, Professor Ruhlmann, in seiner 1894 erschienenen „Einführung in das Studium der Agrarpolitik“ aus. Er führt dort aus, daß jeder Zuwachs an Einkommen der Landwirte in dem entsprechenden Maße den Grundpreis erhöhe. Und da nach dem übereinstimmenden Urteil sämtlicher landwirtschaftlichen Erhebungen mit dem Grundpreis minderbekannt gleichmäßig die Verschuldung wachse, so sei die letzte

Wirkung aller einflussreicheren Maßregeln durch Schutzölle und Doppelzählung eine entsprechende Erhöhung der Schuldenlast des landwirtschaftlichen Besitzes. Man sei also voraussichtlich in der nächsten Generation genau so weit wie heute. Wenn die Schutzöllner konsequent sein wollten, müssten sie dann also eine abermalige verstärkte Auflage ihrer Mittel fordern und nach geraumer Zeit wiederum umklarer als in diesen Öden ist die völlige Verantwortlichkeit, ja die verhängnisvolle Natur hoher Schutzölle für die gedeihliche Entwicklung der Landwirtschaft stellen ausgesprochen. Es ist bemerkenswert, daß sich der preussische Landwirtschaftsminister in seiner letzten Rede zum Etat diesen Standpunkt völlig zu eigen gemacht hat und daß er dringend Abwehrmaßregeln zu ergreifen wünscht.

Mit der gleichen Fracht hat man sich schon im Anfang des vorigen Jahres unter Herrn von Podbielski im preussischen Abgeordnetenhaus beschäftigt, ohne daß die Praxis dabei zunächst gewonnen hätte. Es wurde damals ein Antrag gestellt, eine Verschuldungsengrenze für die Landwirtschaft einzuführen, der eine Kommission überwiesen wurde, in der er noch heute festliegt. Auch Entschuldigungsmaßregeln mit Staatshilfe sind vorgeschlagen, die aber bei der preussischen Regierung bisher wenig Entgegenkommen fanden. Sie verlangt, daß die Entschuldigung nicht durch den Staat, sondern durch die eigene Kraft unter Vermittlung der landwirtschaftlichen Kreditanstalten herbeigeführt wird.

Eines steht fest: die wichtige Frage des Anwachses der landwirtschaftlichen Schuldenlast und der Entlastung ist durch die Agrarpolitik unseres neuen Kulturris noch außerordentlich komplizierter geworden. Es stellt sich immer mehr heraus, daß wohl jene Landwirte, die bei dem Inkrafttreten des Tarifs im Besitz seien, von ihm Vorteil haben, daß er jedoch der gesunden Entwicklung der Landwirtschaft selbst die größten Schwierigkeiten bereitet.

Die Schaafmacher in der Zigarettenindustrie.

Nachdem sich vor einigen Monaten die Zigarettenfabrikanten von Unterbaden und der Pfalz zusammengeschlossen haben, um, wie es hier, ihre Waren vortheilhafter auf den Markt zu bringen, fand am 11. Dezember v. J. zu Frankfurt a. M. auf Anregung des Deutschen Tabakvereins eine von Zigarettenfabrikanten aus allen Gauen Deutschlands abgehaltene Versammlung statt. Mit Freuden wurde es begrüßt, daß in Baden und Westfalen Verbände bestehen. Man wurde sich dahin einig, auch in den anderen Provinzen die Fabrikanten zu Bezirksverbänden zu vereinigen. Diese Bezirksverbände sollen dann unter Leitung des Deutschen Tabakvereins zu einem Hauptverband zusammengeschlossen werden; mit den Vorarbeiten sollte sofort begonnen werden, damit eine Generalversammlung in Berlin den Hauptverband perstet make.

In Baden, wo die Tabakindustrie vorwiegend herrscht, sind noch Beziehungen vorhanden, die im vollsten Sinne des Wortes jeder Beschreibung spotten. Hier werden zum Teil noch ganz erbärmliche Löhne gezahlt. Die norddeutschen Fabrikanten haben es verstanden, ihre Fabriken auf Ruhwegen zu laden und zu uns nach Süddeutschland zu kommen, in die Gegenden, wo noch mit Handarbeit gearbeitet wird. Durch die Verlagerung der Industrie ist der größte Teil der Tabakarbeiter noch indifferenter. Die großen Fabrikanten aber, die über mehrere Filialen verfügen, schließen sich immer enger zusammen. Die Fabrikanten, die sich selbst früher untereinander stets bekämpft haben, tun dies nicht mehr, sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie vereint eine Macht repräsentieren, und diese Macht auch unbehelligt ausüben können. Die großen Fabrikbesitzer, die über viel Geld verfügen, haben es für notwendig befunden, sich zu vereinigen. Der wirtschaftlich schwache Tabakarbeiter aber, der nicht es nicht ein, was ihm Not tut und wohin auch er gehört. Die Fabrikanten haben die Macht ihrer Vereinigung schon gezeigt. Der Bezirksverband von Baden hat gleich nach seiner Vereinigung ein Rundschreiben an seine Kontrumenten erlassen, daß sie einen Preisausschlag von 20 pCt. einzutreten lassen müssen. Dieser Preisausschlag wurde damit begründet, daß die Arbeitslöhne bedeutend in die Höhe gegangen seien; aus der Fülle auf das Rohmaterial trage ein Teil dazu bei. Gut, wir haben dagegen nichts einzuwenden. Kommen aber die Tabakarbeiter und verlangen nur 10 pCt. mehr, dann wird die Forderung rundweg abgelehnt. Diese Forderungen werden dann als unberechtigt angesehen. Um nun den Anforderungen der Tabakarbeiter scharf entgegenzutreten zu können, wurde in der am 12. und 13. Januar in Berlin stattgefundenen Hauptversammlung der „Hauptverband“ in die Wege geleitet. Eine Erklärung mit nachstehendem Wortlaut gelangte zur Annahme.

„Der Deutsche Tabakverein ist damit einverstanden, daß die Anbahnung eines Kartells den Bezirksverbänden empfohlen werden soll.“

Das nachstehend abgedruckte Statut sollte am 15. Februar 1907 von den Bezirksvorständen vorgelegt werden.

§ 1.
Die unterzeichneten Bezirksverbände im Tabakgewerbe Deutschlands, welche dadurch, daß alle Mitglieder ihrer Vorstände zum Deutschen Tabakverein gehören, sachungsgemäß Organe dieses Vereins sind, treten untereinander in ein Verhältnis solidarischer Gemeinschaft.

Dieses Verhältnis bezweckt, den Mitgliedern der einzelnen Bezirksverbände den ihnen durch letztere für ihren Bezirk gewährleisteten Schutz auch zu sichern, wenn sie im Bereiche anderer Bezirksverbände Zweigfabriken eröffnen wollen oder betreiben, sowie eine Durchkreuzung der grundlegenden Schutzbestimmungen im Bezirke eines Bezirksverbandes durch Mitglieder anderer Bezirksverbände zu verhindern.

§ 2.
Kein Mitglied eines Bezirksverbandes darf Arbeiter und Arbeiterinnen eines Mitgliedes eines anderen Bezirksverbandes, welche in unberechtigtem Streik oder berechtigter Aussperrung stehen, während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung in Beschäftigung nehmen, es sei denn, daß der seitiger Arbeitgeber seine Zustimmung dazu gibt.

Für die Frage der Nichtberücksichtigung eines Streiks und der Berechtigung einer Aussperrung ist die Entscheidung des zuständigen Bezirksverbandes maßgebend, welche unterjährlich den Vorständen aller Bezirksverbände mitgeteilt werden muß.

§ 3.
Kein Mitglied eines Bezirksverbandes darf an einem Zigarettenfabrikationsorte, an welchem Mitglieder eines anderen Bezirksverbandes fabriizieren, und in selbständigen Gemeinden in Entfernung bis zu 3 Kilometern von denselben, ohne Zustimmung dieser Mitglieder eine Zweigfabrik oder kommissionweise und hausindustrielle Herstellung von Zigaretten eröffnen.

Falls eine Abweisung, deren Gründe angegeben sind, durch die bereits an dem Orte fabrizierenden Kollegen erfolgt und diese dem Abgewiesenen ungeduldet erscheint, so hat er das Recht der Berufung an den Vorstand des Deutschen Tabakvereins, welcher nach Anhörung des Vorstandes des zuständigen Bezirksverbandes zu entscheiden hat. Die Entscheidung dieser Instanz ist maßgebend.

Vorstehende Bestimmung hat zunächst Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1907 und gilt so lange für 1 Jahr weiter, wenn nicht spätestens bis zum 30. September eine Kündigung erfolgt. Erfolgt eine Kündigung, so sind sofort die Vorstände aller Bezirksverbände zu benachrichtigen und zu einer Versammlung innerhalb 4 Wochen einzuberufen.

§ 4.
Die Mitglieder eines Bezirksverbandes sollen mit allen ihren etwaigen Zweigfabriken in Bezirke anderer Bezirksverbände Mitglieder der betreffenden Bezirksverbände sein. Dasselbe gilt von kommissionweise und hausindustrieller Herstellung von Zigaretten.

Wenn wir uns diese Sagen näher betrachten, so finden wir, daß der ganze Zweck der Vereinigung, die Bekämpfung der Organisation der Arbeiter ist.

Bei den letzten Lohnbewegungen in Heilberg haben wir es erfahren, daß unsere Fabrikanten das drückende Joch der Arbeiter einigermaßen zu mildern, verhaftet ist. Jede Lohnbewegung, jede Forderung, wird nach dem Musterparagrafen 2 unberechtigt sein. Unsere Tabakarbeiter werden aus dem Vorgange die Lehre ziehen, daß sie sich fester wie bisher zusammenschließen müssen, um den koalitierten Unternehmern ebenbürtig zu sein.

Tabakarbeiter allerorts, schließt die Reihen, zeigt, daß ihr euch nicht als Spielball benutzen laßt. Kollegen! Gewerkschafter! Tabakarbeiter! Jetzt gilt es, daß wir das Zeichen der Zeit verstehen, nun muß aus Werk gegangen werden, damit die indifferente Masse Aufmerksamkeit erhält. Tausende und Abertausende stehen und heute noch fern, haben von den Machtgeheimnissen unserer Fabrikanten keine Kenntnis, sind somit mit gebundenen Händen dem Kartell der Zigarettenfabrikanten ausgeliefert.

Wohlan denn Kollegen in Stadt und Land, helft mitarbeiten in der Agitation, sorgf. dort, wo wir bis jetzt noch nicht vertreten sind, daß auch dort das Banner des Gewerkschafts der Deutschen Zigaretten- und Tabakarbeiter weht.

Ludw. Müng, Badenburg.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 12. März 1907.

Der Vertrag, den der Gewerkschaftsverein der Maschinen- und Metallarbeiter mit dem Berliner Industriellen und Selbmetallindustrie abgeschlossen hat und den wir in voriger Nummer veröffentlichten, setzt auch ein Schiedsgericht vor.

Das in dem Vertrag vorgesehene Amt eines Schiedsrichters hat sich der Staatsminister Dr. Freyherr v. Berlepsch bereit erklärt zu übernehmen.

Die Uebernahme erfolgte auf die in einem gemeinsamen Schreiben ausgesprochene Bitte des Vorstandes der Berliner Metallwarenfabrikanten und des Generalrats des Gewerkschafts der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. Die „Soziale Praxis“ begrüßt diese einmütige Wahl einer über den Parteien stehenden Persönlichkeit des öffentlichen Lebens als ein großes Zeichen, daß die britische Sitte, bewährte Staatsmänner und hochstehende Persönlichkeiten, die nobilitas und aequitas vereren und von Klasseninteressen unabhängig sind, mit dem Ehrenamte des Vermittlers in schwierigen Arbeiterkämpfen zu betrauen, nunmehr auch in Deutschland Anklang finden solle.

Es geht vorwärts!
Das aber paßt dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ ganz und gar nicht. Der lauter Wut schlägt er blindlings um sich, läßt und verleumdet das Blau vom Himmel herunter. Er verzapft folgenden Bildsinn:

Weiße Fische.

Beim letzten Streik in den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin stellten betamäßig die Christ-Unternehmen Gewerkschafter förmlich darum, mit den „gelben“ Unternehmer-schlinglingen auf eine Stufe gestellt zu werden. Sie stellen den fre organisierten Arbeitern schamlos in den Rücken. Bei dem Kampfe in der Selbmetallindustrie in den Jahren 1904/05 war es noch anders. Damals arbeiteten die Christ-Unternehmen scheinbar noch mit dem Metallarbeiterverbande gemeinsam. Walt es doch, eine prinzipielle Forderung durchzusetzen, die programmatisch auch die Christ-Unternehmen stützten, nämlich zum Abschluß eines Tarifvertrages zu kommen. Der Wunsch, von den Unternehmern auf Seiten der fre organisierten Gewerkschafter groß gepöppelt zu werden, hat sie jetzt zum Verzicht auf dieses Prinzip getrieben. Hinter dem Rücken der übrigen Arbeiterschaft haben die paar Fische für die Selbmetallindustrie, in der sie gar keine Bedeutung besitzen, ausdrücklich auf den Abschluß eines Tarifvertrages verzichtet und die Bestätigung von Minimallohnverträgen verzichtet und sich verpflichtet, bis zum 1. April 1909 keine Forderungen zu stellen. Trümpfieren heißt die „Weiße Zeitung“, das Organ der gelben Fische, dies mit und sagt:

„Sodanfalls beweist der Vertrag, daß eine Verbindung zwischen Arbeitern und Unternehmern bei beiderseitigen guten Willen sehr wohl möglich ist.“

Abdingung, wenn die Arbeiterschaft auf jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung Verzicht leistet, wird das Unternehmertum dies gern vertraglich festlegen. Für das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern beweist dieser Vertrag gar nichts; er beweist nur, wie wir gewöhnlich noch im einzelnen nachweisen werden, daß die Christ-Unternehmen Gewerkschafter sich um das Einseitigste einer formalen Anerkennung ihrer Organisation konträrktlich zum Streikbruch verpflichtet haben, falls bis 1. April 1909 die Arbeiter der Selbmetallindustrie sich einfallen lassen, eine Aufhebung ihrer Lage zu fordern!

„Weil unsere Gewerkschaften nicht rot sein wollen, so sind sie in den Augen des „Vorwärts“ gelb. Das ist der erste Bildsinn. Dann soll der Gewerkschaftsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter sich auf den Schuckertwerken des Streikbruchs schuldig gemacht haben. Alle Welt weiß, daß unser Gewerkschaftsverein in aller Form erklärt hat, daß er einen Streik aus so wichtigen Ursachen, wie die Verlegung des Wohnortes auf den Donnerstag, nicht mitmache. Der Streik endete denn auch mit einem vollen Misserfolg. Fäkten die „Zelbweuften“ diesen Kampf noch einmal zu führen, sie würden ihn dann ebenso wenig aufnehmen, wie wir es getan. Darüber besteht unter den Metallarbeitern kein Zweifel.“

Der neue Vertrag bindet den Gewerkschaftsverein nicht, er kann zu jeder Zeit Forderungen stellen. Auf einen einheitlichen Tarifvertrag oder die Festsetzung eines Minimallohns vorläufig zu verzichten, bedeutet doch keinen Verzicht auf Forderungen zugunsten von Lohn-erhöhungen. So einen abernen Unsinn kann auch nur der „Vorwärts“ verbreiten. Wie froh wären die „Zelbweuften“, wenn es ihnen gelingen wäre, einen gleichen Vertrag zustande zu bringen.

Gegen die „gelben“ Gewerkschaften nahm der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften in seiner Sitzung vom 7. März folgende Resolution einstimmig an:

„In der Entstehung und verhältnismäßig raschen Ausbreitung der sogenannten gelben Gewerkschaften erblickt der Zentralrat eine Folge des überhabitalen Vorgehens der sozialdemokratischen Gewerkschaften, gleichzeitig aber eine überaus große Gefahr für die gedeihliche Entwicklung der Organisation der Arbeiter und für eine gesunde Arbeiterbewegung überhaupt. Um dem weiteren Vordringen jener schädlichen Gebilde Einhalt zu tun, empfiehlt der Zentralrat den Generalräten bzw. Hauptvorständen der einzelnen Gewerkschaften mit allen Mitteln und selbstverpflichtend unter entschiedener Wahrung unserer Grundfätze bei den Unternehmerverbänden die volle Anerkennung unserer Organisation zu erwirken. Zugleich werden die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, ihre Mit-arbeiter nachdrücklich auf die durch die gelben Gewerkschaften heraufbeschworenen Gefahren aufmerksam zu machen und zu warnen, nur scheinbarer Vorteile wegen das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht preiszugeben.“

„Da kommt ja der Hund, ich denke, der ist lange verreckt!“ Mit diesen Worten begrüßte ein Verbändler unser Mitglied P., welches nach vierwöchentlicher Krankheit am 4. Februar 1907 seine Arbeit bei der Firma A. R. in Dresden wieder anzunehmen gedachte. P., welcher 3 Jahre Mitglied im Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist, hatte den Jörn seiner Mitarbeiter dadurch erregt, daß er nicht in den Metallarbeiterverband übertrat. Nun widersprach der Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes seiner Weiterbeschäftigung und die Firma entließ P. kurzerhand, um Ruhe im Betrieb zu haben.

Wir entnehmen diese Notiz dem „Schiff. Gewerksvereinsbl.“. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß die Firma sich so schwach zeigte und dem unerhörten Verlangen der Rowdys aus dem Metallarbeiterverband nachgab. Der brutale Rummel, der unseren Verbandsgenossen so gemein beschimpfte, sollte gerichtlich belangt werden. Mit einem so erbärmlichen Gesellen darf man kein Mitleid empfinden.

Die mecklenburgische Verfassung. Die Rüstungen „Jugend“ befindet die für Mecklenburg in Aussicht gestellte Verfassung in den folgenden lustigen Versen:
Eine schöne Frühlingsstunde melden
Sie uns aus Schwern in Jubelton:
Mecklenburg, das Land feudaler Herren,
Kriegt jetzt eine neue Konstitution!

Was der Schah von Persien begonnen,
Was auch China führt allmählich durch,
Was auch Rußlands Bürger werden gewonnen,
Kommt jetzt endlich selbst nach Mecklenburg!

Ja die Freiheit macht mit einem Male recht
Guten Fortschritt bei uns in der Lat —
Kriegt auch Preußen ein gefundes Wahlrecht,
Dann ist Deutschland bald ein ganz moderner Staat!

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der Berliner Holzindustrie ruht an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Durch Vermittlung des Gewerksgerichts finden an diesem Donnerstag Einigungsverhandlungen statt. — Im Tapaziergewerbe in Berlin haben die Unternehmer beschloffen, eine Generalausperrung vorzunehmen, um dadurch die Gehilfen leichter zur Nachgiebigkeit zu zwingen. — Die Lage im Hamburger Hafen hat sich bedeutend verbessert. Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Schauerleuten hat sich durch Unterschrift bereit erklärt, Sonntags- und Nachtarbeit zu leisten. Diese arbeiten demgemäß weiter, außerdem aber kommen aus England zahlreiche Postarbeiter an, die als Ersatz für die einheimischen angeworben sind. Es hat den Anschein, als sollten 6000 Schauerleute ausgespart werden. — In der Berliner Herrenschneiderei nimmt der Kampf unerbittlich seinen Fortgang. — Auch in Pommern ist ein Streik der Schneider ausgebrochen, weil die Unternehmer die Tarifforderungen der Gehilfen mit einer Verschönerungsliste beantworteten, durch die die ganze Bewegung im Lande verlaufen sollte. — Die in der Stickereibranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bereiten eine Lohnbewegung vor und haben beschloffen, eine Lohnkommission zu wählen, die einen Tarifvertrag auszuarbeiten und den Unternehmern unterbreiten soll. — In der Automobilfabrik-Ausperrung haben am Sonnabend vor dem Berliner Gewerksgericht Einigungsverhandlungen stattgefunden, die auch zu einem Resultat führten. Nachdem die Führerbesten in ihrer Versammlung die Vorzüge des Einigungsstaates angenommen hätten, haben sich auch die Führer zur Annahme entschlossen. Da bei der Abstimmung genau soviel Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit waren wie dagegen, gab der Organisationsvorstand zugunsten der Beendigung des Kampfes den Ausschlag. — Mit einem Tarifentwurf wollen auch die Milliarbeiter in Berlin an die Arbeitgeber herantreten. Sie möchten in erster Linie das sog. Prozentwesen abschaffen, weil dabei häufig sehr willkürlich verfahren wird und dafür eine kleine Lohnaufbesserung verlangen.

Die Angestellten der elektrischen Straßenbahnen in Moskau sind wegen Entlassung zweier Kollegen in den Ausstand getreten. Der Straßenbahnverkehr ruht infolgedessen vollständig. — Wegen Ablehnung ihrer Forderungen waren in Paris sämtliche Elektrizitätsarbeiter in den Ausstand getreten. Die Straßen waren dunkel, die Theater, Konzerte- und Tanzlokale mußten geschlossen bleiben, bis es durch Entgegenkommen gelang, die Arbeiter zur Wiederaufnahme ihrer Beschäftigung zu bewegen. — Infolge des Streiks der Schriftsetzer in Moskau wurden in der Mehrzahl der dem Verbande der Buchdruckerangehörigen angeschlossenen Druckereien Ausperrungen vorgenommen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wissen die oppositionellen Junker viel zu erzählen, wie gut es den Arbeitern auf dem Lande geht. Im preussischen „Landesökonomielogium“ hat am Sonnabend Regierungspräsident Graf Brühl den Schleiter darüber

geklärt, wie manche Arbeiterfamilien auf dem Lande leben. Er erzählt:

Die Fleischfabrik habe bewirkt, daß man schädliches Fleisch aus dem Markt gebracht habe, obwohl die Leute auf dem Lande recht wenig empfindlich seien. Er habe es erzieht, daß man mit Weizenklein und weissen Rabdaver ausgegraben und verzeihert habe. (Gehehret.) Was am Lande an Stunden vergeht werde, lasse sich gar nicht sagen. Die Leute schenken sich sogar nicht, mit Strichlein vergiftete Handkaber zu verzehren.

Die Gutsherren werden nicht zu „den Leuten“ gehören, die Rabdaver von Tieren, die so krank waren, daß das Fleisch ungenießbar ist, ausgegraben und verzehren. Wie tieftraurig muß es aber um die Lebenshaltung von Arbeiterfamilien bestellt sein, die so elenderengetes Fleisch verzehren.

Viel Malheur haben die Breslauer „Jelbe-wöhnten“ Gewerkschafter. Ihr Gewerkschaftshaus kommt am 25. April zur jugendreichen öffentlichen Versteigerung, weil es pleite machte.

Die vom Zentralrat herausgegebene kurz gefasste **Geschichte der Deutschen Gewerksvereine** hat überall eine gute Aufnahme gefunden, was uns herzlich erfreut. Wir danken allen lieben Verbandsgenossen, die uns durch ihre Zuschriften erkennen ließen, daß das kleine Werkchen gut gefasst. Der „Fabrik- u. Handarb.“ schreibt:

Der Herr Karl Goldschmidt, Samstagabende-Redakteur unseres Verbandsorgans, „Der Gewerkschafter“, ist im Verlage des Verbandes, Berlin N.O. 55, Straßenschilderstraße 22/23, jährl. eine kurz gefasste Geschichte der Begründung und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine erschienen. Den Ortsvereinen sind bereits in diesen Tagen Probeexemplare zugegangen. Bei dem Rufe und dem Ansehen des Verfassers, das derselbe in der Gewerkschaftswelt genießt, ist eine besondere Empfehlung des Werkes überflüssig. Das Buch bildet eine glänzende Rechtfertigung unserer von den Gegnern so viel geschmähten Bestrebungen; es enthält viele wertvolle, bisher gar nicht oder wenig bekannte Vorgänge aus den Entwicklungsjahren der Gewerksvereine und bildet zugleich ein vorzügliches Lehrbuch für alle diejenigen, welche agitatorisch für uns tätig sind. Den Ortsvereinen ist die Beschaffung aus Bildungsmitteln dringend zu empfehlen.

Offensichtlich ist die erste Auflage bald vergriffen. Wir bitten, Bestellungen in möglichst großer Zahl zu machen, da der Preis sich dann sehr billig stellt. Jeder eifrige Gewerkschafter sollte die kleine Schrift lesen. Wir verweisen auf das Inserat.

Die freien Fortbildungskurse für Arbeiter veranstalten am Sonnabend, 16. März, abends 8 Uhr, im Festsaal des Schiller-Theaters in Charlottenburg einen Unterhaltungsabend. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pfg. Die Musik- und Gesangsbeiträge werden von den betreffenden Abteilungen der Wülfen-schaft der Königl. Technischen Hochschule ausgeführt.

In der am Sonntag, 17. März, abends 7 Uhr, im Reithofsaal stattfindenden 349. **Frankenhaltung des Ferrinus für Volksunterhaltungen** werden mitwirken: Der Gesangsverein „Harmonie“ unter Leitung von Herrn Richard Krauer, Frau Helene Bornemann-Frankland (Violin), Frau Elmer Hohenstein (Baronin von Amelungen (Regulation), Herr R. Duffl-Begner (Klavier).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Düsseldorf.
Das Jahr 1906 hatte für den Ortsverband manche schwere aber segensreiche Stunden gebracht. Im Anfang des Jahres hatten wir unheilbaren Erfahrungen in der Bewältigung unseres hiesigen Verbandsjahres machen müssen, so daß wir zur anderweitigen Regelung schreiten mußten. Daß wir dabei keinen Fehler gemacht hätten, bewies uns der Bericht der Verbandskommission am Ende des Geschäftsjahres; hatte doch das erste Jahr eines Geschäftsbetriebes im Betrag von 18 989,04 Mk. aufzuweisen. An die Stadtverwaltung hat der Ortsverband heran betreffs Ueberlassung des Stadthofes an die hiesigen Organisationen, was auch herstellend zugestimmt wurde, so daß wir im Jahre 1906 das Theater mit den anderen Organisationen zweimal zur Verfügung gegen Vergütung einer Pauschalsumme erpachten, ebenso haben wir in der jetzigen Spielzeit das Theater drimal zur Verfügung gestellt bekommen. Durch die mögliche Pauschalsumme (700 Mk.) waren wir in der Lage, die Wülfen 3. — 5. Telle der sonstigen Preise an unsere Mitglieder abzugeben. Des weitern veranstaltete der Ortsverband einen Familienausflug, der von circa 900 Personen besucht war. Der Ausflug ging mittels Ertragung nach dem beliebigen „Ausflugsort“ Griauch. Durch den Ausflug wurde mancher Kollege, der sich etwas in Ruhe gesetzt hatte, wieder angemerkt; denn die gewaltige Menschenmenge, die sich im geschlossenen Zuge durch die Straßen der Stadt wälzte, weckte in manchen das Interesse an unsere Gewerksvereine neu auf. Auf Einladung des Rheinischen Vereines für Förderung des Arbeiterwohlfundes waren vier Ortsverbände bei dessen Tagung durch 3 Delegierten vertreten. Die Verhandlungen hieselbst waren für die Arbeiterschaft sehr interessant und in verschiedenen Ortsverbandsvereinigungen haben wir darüber schriftliche Diskussionen geführt. Die sonstige Tätigkeit des Ortsverbandes erstreckte sich auf Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Thema: Die gegenwärtige Fleischversorgung und die Sozialpolitik. Referent: Dr. Reichel, Berlin.

Weiter fanden drei kombinierte Ortsverbandsausführungen, vier Ortsverbandsvereinigungen und zehn Ortsverbandsvereintreffungen statt. In den Ortsverbandsversammlungen fanden verschiedene Beiträge statt, während die sonstigen Sitzungen öfters sich mit sehr wichtigen Fragen unseres Ortsverbandes zu beschäftigen hatten. Unser Arbeitersekretariat, das von den Mitgliedern unseres Ortsverbandes durch Leistung eines freiwilligen Beitrags in die Posaisten ihrer Ortsvereine unterhalten wird, hatte auch im abgelaufenen Jahr wieder segensreich gewirkt. Es würde zu weit führen, wenn ich hier näher darauf eingehen wollte, ich werde dies in einem besonderen Bericht nachholen, will aber kurz einige Zahlen hier angeben. Das Sekretariat wurde im Jahre 1906 von 3706 Personen besucht, davon waren 3061 Mitglieder unseres Gewerksvereins, 90 Mitglieder der freien Gewerkschaft, 44 Mitglieder der christlichen Gewerkschaft, während 511 Personen unorganisiert waren. Es wurden insgesamt 3316 mündliche und 390 schriftliche Auskünfte erteilt und 673 Briefe abgehandelt. Neben den Bureauarbeiten war der Sekretär in 178 Versammlungen, Sitzungen u. anwesend, ebenso fand 15 Vorträge über die verschiedenen sozialen Gesetze in den einzelnen Ortsvereinen gehalten worden. In manchen Sitzungen sind wir geläutert worden, dies soll uns aber nicht abhalten, immer mit neuem Mut an den Ausbau unserer Arbeit zu arbeiten. 8 Appel, Schriftführer.

Ortsverband Stolp i. Pomern.

Die Tätigkeit eines Ortsverbandes zu fördern, ist immer eine harte Aufgabe, zumal, wenn man von dem Gedanken durchdrungen ist, es ist wohl dieses und jenes geschaffen worden, aber es hätte noch so viel mehr geschaffen werden können, wenn Verbandsausführer und Mitglieder des Ortsverbandes das getan hätten, was in unserem bewegten Leben, in unserer bewegten Zeit, ungenutztes getan hätte werden müssen. Wenn die Kollegen des Ortsverbandes den vielfachen Anregungen des Ortsverbandsausführers nicht Folge geleistet haben, so liegt wahrlich nicht die Schuld bei diesem. Man hat einfach den Ernst des Lebens nicht erfaßt, man weiß nicht, was man seiner Existenz, sich selber schuldig ist. Dieses zu erfüllen ist Aufgabe unserer ganzen Verbandsorgane. Der Ortsverband erledigte seine Aufgabe in 5 Ausführlungen, 4 kombinierten Sitzungen und 4 Verbandsvereintreffungen. Beiträge wurden 4 gehalten: über Brauereiarbeit in öffentlichen Betrieben, Referent war der Vorsitzende, Herr G. G. G.; über Selbstständigkeit, Referent Kollege G. G. G.; über Gewerkschaft, Referent Kollege G. G. G. und über Vertretung der Lohnmittel, Referent Herr G. G. G. Den hiesigen Raum nahmen die kombinierten Sitzungen ein, zumal aus diesen Sitzungen die Mitglieder aus sämtlichen Gewerksvereinen an das Tageslicht gefördert wurden, ebenso die kommunalen Aufgaben wurden mancher scharfen Kritik unterzogen. Auch gelang es, den ortsüblichen Tagelohn von 1 80 Mk. auf 2 00 Mk. zu erhöhen (Der Ortsverbandsausführer hatte 2 50 Mk. beantragt) und wurde folches von sämtlichen Gewerksvereintreffungen bekräftigt. Der letzte Kartellkongress, Schreiber Krieger, hat ja über letzte Eingabe im „Stettiner Volksboten“ große Klößen gezogen, was an der Tatsache selbst nicht anzu sehen kann. Gänge machen gilt nicht, ist ein altes Sprichwort, das sich noch stets bewährt hat. Eine Anregung, für Stolp, Bauenburg und Bülow einen Lokalbund anzuknüpfen, hat noch nicht die nötige Unterstützung gefunden. Auf eine Eingabe an Magistrat und Stadtratsordnerte um Unterstützung der Vertretung der notwendigen Lebensmittel ist noch kein Bescheid erfolgt. Im Ganzen genommen kann man wohl sagen, daß von seiten des Ortsverbandes verschiedene Anregungen gekommen sind und muß für die Zukunft erwartet werden, daß sämtliche Ortsvereine Hand in Hand arbeiten, alle Angriffe der Gegner gemeinschaftlich abschlagen und ebenso Hand in Hand die Stärkung der Organisation vornehmen. Einer für Alle und Alle für Einen! Kallen P., Schriftführer.

Ortsverband Weisenburg i. B.

Der Ortsverband besteht aus drei Ortsvereinen. Als eine der wichtigsten Angelegenheiten muß der Delegiertentag des Sächsischen Ausbrotungsvereins, welcher während der Osterferien in hiesiger Stadt tagte, in Betracht gezogen werden. Schon zu Beginn des Jahres hatte daher der Ortsverband alle Hände voll zu tun, um diesen Tag zur besten Wirkung zu bringen. Der Zentralrat hatte den leider in unheilvollen verstorbenen Kollegen Krieger, der sehr gut wirkte, mit seiner Vertretung beauftragt. Der erhoffte Erfolg, daß dieser Delegiertentag zum weiteren Ausbau der Gewerksvereine wesentlich beitragen, ist leider fehlgeschlagen; einerseits durch die Ineffektivität der Arbeiterschaft selbst, andererseits durch Beschäftigung gegnerischer Organisationen.

Lohnbewegungen waren in diesem Jahre eine zu verzeichnen und zwar in der Textilbranche. Auch hier hatten wir Gelegenheit, die Unheiligkeit der Arbeiter kennen zu lernen, was einen resultatlosen Verlauf der Bewegung zur Folge hatte.

Um aber auch agitatorische Fortschritte zu machen, haben wir mit unserer Radarbeit Ausstellungen veranstaltet, besprochen und mehrmals den Versuch gemacht, einen D. S. der Textilarbeiter zu gründen. Diese Bemühungen sind noch im Gange.

Auf zur Arbeit für unsere Gewerksvereinsangelegenheiten!
Johann Hofmann, Ortsverbandsreferent.

Gewerksvereins-Teil.

3. Ziel. Der Ortsverband hielt auf Willkommenshöhe eine Versammlung ab, um über den nächsten Verbandstag zu beraten. Das einleitende Referat hielt Kollege G. G. G. Nach lebhafter Diskussion erzielte man sich über folgende, dem Verbandstag zu unterbreitende Punkte: 1. Die Erstellung eines Verbandsauswahls, deren erster und einziger Inhaber Dr. Max Gieseler, soll nicht wieder Sekretär zu ernennen, der die Interessen des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine mit besonderer Stimme nach

